Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt **Haupt- und Personalamt**	Nr. **178/2024**

Betreff:

Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung 2025: Erläuterungen zum Stellenplan

Beratungsfolge	**Termin**
Finanzausschuss Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	03.12.2024
Kreisausschuss Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	06.12.2024
Kreistag Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	13.12.2024

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Die Verwaltung schlägt dem Kreistag zum Stellenplan 2025 eine Ausweitung der regulären Planstellen um **9,5 Stellen** auf insgesamt **1134,5** Planstellen vor. Der Stellenplan wird moderat erweitert. Insgesamt werden im Gegenzug 2,5 Stellen eingespart, so dass eine Ausweitung von **7 Planstellen netto** erfolgt. Von den 9,5 Stellen sind 4 Stellen zumindest teilweise refinanziert, also rd. 40 %. Von den eingesparten Stellen sind 1,5 Stellen ebenfalls zumindest teilweise refinanziert. Diese Refinanzierung entfällt mit der Einsparung.

Wie in den letzten Jahren auch, soll diese Vorlage der Erläuterung der Stellen dienen. Im letzten Jahr stand die Bereinigung des Stellenplans im Vordergrund. Die sogenannten „blinden Stellen“ wurden in den Stellenplan überführt, so dass es zu einem höheren Stellenaufwuchs kam, wenngleich die Personalkosten nicht in gleicher Höhe anstiegen. Der Grund hierfür lag darin, dass einige Stellen vor allem als Projektstellen neben dem Stellenplan geführt wurden und die Personalkosten dadurch bereits teilweise vorhanden waren. Die Maßnahme der Integration der „blinden Stellen“ in den Stellenplan diente der Transparenz, aber auch der Personalbindung. Insofern sei auf die Ausführungen der Begleitvorlage aus dem letzten Jahr verwiesen.

Die durchgeführte Bereinigung führt dazu, dass in diesem Jahr ein nur äußerst moderater Aufwuchs an zusätzlichen Stellen geplant und nötig ist. An dieser Stelle muss aber darauf hingewiesen werden, dass der Rettungsdienstbedarfsplan noch in der Aufstellung ist und zurzeit die Firma Orgakom die Bedarfe ermittelt. Die Kreisverwaltung rechnet damit, dass der Rettungsdienstbedarfsplan nach Abstimmung mit den Krankenkassen noch zusätzliche Stellen nach sich ziehen könnte. Ob sich das Ergebnis noch auf den Stellenplan 2025 auswirkt, bleibt abzuwarten. Wie für den Stellenaufwuchs aus dem letzten Rettungsdienstbedarfsplan auch, müsste dann eine unterjährige Stellenplananpassung erfolgen.

Die eingangs erwähnten zusätzlichen Stellen und Einsparungen lassen sich wie folgt begründen:

I. Ausweitungen

Eine zusätzliche Stelle soll bei der Dezernatsleitung im **Dezernat IV** im Sekretariat eingerichtet werden.
Es hat sich herausgestellt, dass eine Vorzimmerkraft auch für das Dezernat IV unentbehrlich ist. Die Themen in diesem Dezernat sind so umfangreich, dass eine Unterstützung für die Leitung erforderlich ist. Insofern wird das Dezernat mit den übrigen Dezernaten gleichgestellt, die ebenfalls durch Vorzimmerkräfte unterstützt werden. Um die Erforderlichkeit zunächst abschätzen zu können, wurde vor 2 Jahren ein Zeitvertrag eingerichtet, der jetzt entfristet werden soll.

Im **Amt 12 (Amt für Informationstechnik und Digitalisierung)** soll eine zusätzliche Stelle als „Standortkoordinator“ eingerichtet werden. Bereits im letzten Jahr gab es in diesem Bereich eine Ausweitung. Die „Standortkoordinatoren“ sind Ansprechpartner für die kreiseigenen Schulen und betreuen diese im Bereich der IT-Infrastruktur und der Einrichtung/Wartung von Endgeräten. Der damit zusammenhängende Aufwand wird immer größer und soll nicht den Lehrerinnen und Lehrern überlassen werden. Daher war

es auch ausdrücklicher Wunsch der Schulleitungen, hier noch eine weitere Unterstützung zu erhalten, um möglichst alle Berufskollegs bedienen zu können.

Das **Amt 20 (Kämmerei)** soll eine Unterstützung in der Wohnraumförderung erhalten.
Im Bereich der Mietwohnraumförderung war im Jahr 2023 ein deutlich erhöhtes Antragsaufkommen zu verzeichnen, einhergehend mit sehr hohem Beratungsbedarf. Das Antragsvolumen zur Mitte des Jahres 2024 beläuft sich bereits auf insgesamt rd. 115 Mio. Euro. Allein im Bereich Mietwohnungsbau hat sich das Fördervolumen von 7,3 Mio. Euro in 2022 auf 30 Mio. Euro in 2023 erhöht.

Im **Amt 10 (Haupt- und Personalamt)** soll eine Ausweitung um insgesamt eine Stelle erfolgen.
Eine 0,5 Stellenausweitung hängt mit der Übernahme zusätzlicher Aufgaben in der Servicestelle Personal zusammen. Die Gemeinde Everswinkel will die Beratungs- bzw. Sachbearbeitungsleistung aus ihrem Personalamt nahezu vollständig auf den Kreis Warendorf übertragen. Die bislang getätigte Serviceleistung des Kreises Warendorf für die Gemeinde Everswinkel wird somit ausgeweitet. Im Wege der interkommunalen Zusammenarbeit ist der Kreis gerne bereit, die zusätzlichen Aufgaben zu übernehmen. Letztlich führt dies zu Synergieeffekten, die genutzt werden sollten und von denen Kreis und Gemeinde profitieren. Für die Übernahme soll eine zusätzliche 0,5 Stelle eingerichtet werden. Diese ist teilweise refinanziert, da rechnerisch ein Bedarf von einer 0,3 Stelle für die Leistung ermittelt wurde.

Eine weitere 0,5 Stelle soll im Archiv eingeplant werden. Wie durch die Politik bereits beschlossen, soll das Archiv ein Förderprogramm entwickeln, das die Sensibilisierung junger Menschen für die Werte unserer Demokratie zum Gegenstand hat. Im Rahmen des Programms sollen für Schulen u.a. Fahrten zu Konzentrationslagern, Kriegsgräbern und Gedenkstätten gefördert werden. Auch Weiterbildungsveranstaltungen z.B. in Kooperation mit der Villa ten Hompel oder der Volkshochschule sollen in die Förderung mit einbezogen werden. Im Übrigen wird auf die gesonderte Vorlage zum Förderprogramm zur Haushaltsplanberatung verwiesen.
Zur Umsetzung und administrativen Begleitung des Förderprogramms und der Beratung wird die 0,5 Stelle im Stellenplan eingerichtet.

In der **Kreispolizeibehörde** soll eine Aufstockung im Bereich Waffenwesen um 0,5 erfolgen.
In den letzten Jahren ist sowohl die Anzahl der Inhaber erlaubnispflichtiger Waffen und die der Inhaber eines kleinen Waffenscheins weiter gestiegen. Damit steigt auch die Zahl der Ein- und Austragungen von Waffen und Waffenteilen an. Um der Kontrollpflicht nachkommen zu können, empfiehlt auch das Landeskriminalamt eine Ausweitung in diesem Bereich. Die 0,5 Stelle wird durch die einzunehmenden Gebühren refinanziert.

Im **Amt 50 (Sozialamt)** wird insgesamt mit einer zusätzlichen 1,5 Stelle geplant.
Die Notwendigkeit einer zusätzlichen 1,0 Stelle ergibt sich daraus, dass die bislang im Bereich Schwerbehindertenrecht tätige Landesbedienstete in den Ruhestand geht. Da die Aufgabe der Feststellung von Schwerbehinderungen aber nicht wegfällt, soll eine Stelle zukünftig im Stellenplan des Kreises Warendorf vorgehalten werden. Diese Stelle ist refinanziert durch das Land.
Eine weitere 0,5 Ausweitung im Amt 50 soll in der WTG-Behörde erfolgen. Das Beschwerdeaufkommen von Angehörigen, die z.B. Familienangehörige in Heimen betreuen lassen, ist gestiegen. Damit steigt die Zahl der Anlassprüfungen der

Einrichtungen deutlich. In 2023 wurden erstmalig mehr Anlass- als Regelprüfungen durchgeführt. Zudem öffnen stetig neue Angebote (insbesondere Tagespflegen und Wohngemeinschaften), die ebenfalls überprüft werden müssen. Die Anzahl von prüfpflichtigen Betreuungseinrichtungen ist von 99 in 2019 auf 145 im Plan 2024 gestiegen.

Im **Amt 51 (Amt für Jugend und Bildung)** wird eine 0,5 Stelle zusätzlich vorgesehen.
Der Bereich Suchtprävention des Amtes 51 stellt sich neu auf. Für den erforderlichen Umbau und die konzeptionelle Entwicklung der Suchtpräventionsmaßnahmen in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden als Schulträger, der Schulaufsicht, dem Bildungsbüro und im Rahmen der kreisweiten AG Sucht wird eine 0,5 Planstelle erforderlich. Bislang wurden die Angebote der Suchtprävention an Schulen im Schwerpunkt durch Honorarkräfte des Amtes für Jugend und Bildung und eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kooperation mit der Kreispolizeibehörde durchgeführt. Zukünftig soll das Amt für Jungend und Bildung noch stärker steuernd in die Planungen einbezogen werden, da die Kapazitäten bei der Inanspruchnahme der Schulen und bei der Verfügbarkeit der Honorarkräfte begrenzt sind. Durch diese Vorgehensweise können noch mehr Schülerinnen und Schüler von den Maßnahmen profitieren.

Im **Amt 66 (Amt für Umweltschutz und Straßenbau)** kommt es zu einer Stellenausweitung um eine 1,0 Stelle.
Es handelt sich dabei um die dauerhafte Einrichtung der Stelle des Mobilfunkkoordinators. Die Schließung der Mobilfunklöcher soll weiter vorangetrieben werden. Dies wird aufgrund der Vielzahl an Funklöchern auch eine in nicht absehbarer Zeit endende Aufgabe sein. Zudem soll sich der Mobilfunkkoordinator auch mit dem Projekt „LoRaWAN“ befassen. In dem Projekt sollen mittels Sensortechnik u.a. Gefahren durch Klimafolgen frühzeitig erkannt werden, so dass diese rechtzeitig minimiert werden können.
Aufgrund der hohen Fluktuation in diesem Amt soll zudem eine Verstärkungsstelle eingerichtet werden. Diese Stelle dient dazu, schneller auf auftretende Vakanzen reagieren zu können und führt nicht zur Ausweitung des Stellenplans.

Das **Amt 56 (Jobcenter)** soll 2,0 zusätzliche refinanzierte Stellen im passiven Bereich erhalten.
Das zusätzliche Stellenerfordernis ergibt sich aus der Prognose von insgesamt 8.400 Bedarfsgemeinschaften für 2025 und einem vereinbarten Fallschlüssel von 130 Bedarfsgemeinschaften (Ausnahme „Team Selbstständige“) pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter. Im letzten Jahr wurde mit 7.800 Bedarfsgemeinschaften gerechnet. Da damit zu rechnen ist, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften aufgrund der arbeitsmarktpolitischen Lage vorerst nicht wieder sinkt, sollen die Stellen ohne kw-Vermerk eingerichtet werden.

II. Einsparungen

Im **Amt 56 (Jobcenter)** werden insgesamt 1,5 refinanzierte Stellen eingespart.
2 Beschäftigte gehen in den Ruhestand, deren Stellen (insgesamt 1,5) nicht wiederbesetzt werden. Bei der Einsparung der 1,0 Stelle handelt es sich um einen kw-Vermerk, der zwar im letzten Jahr bis zum 01.01.2027 eingerichtet wurde, aber bereits jetzt umgesetzt werden kann. Die Einsparungen betreffen den Bereich der Registratur des Jobcenters. Hier macht sich die bereits durchgeführte Digitalisierung des Amtes bemerkbar. Die 1,5 Stellen sind teilweise refinanziert.

Im **Amt 53 (Gesundheitsamt)** soll im Bereich der Verwaltung im nächsten Jahr eine 0,5 Stelle wegfallen. Durch die Digitalisierung in der Datenerfassung von Laborberichten fallen Aufgaben weg. Die dann mögliche Umstrukturierung führt zu einer Einsparung.

Für das Projekt „1.000 Solardächer“ wurde im letzten Jahr eine Stelle mit kw-Vermerk eingerichtet. Der kw-Vermerk zum 01.01.2025 wird jetzt im **Amt 66 (Amt für Umweltschutz und Straßenbau)** umgesetzt, da das Projekt abgeschlossen ist.

III. Eine Zusammenfassung zum Stellenaufwuchs für den Stellenplan 2025 ergibt sich aus den nachfolgenden Säulendiagrammen:

Stellenmehrbedarf: 9,5

Vollständig refinanziert **1,5**	0,5 Waffenwesen und polizeiliche Maßnahmen 1,0 Schwerbehindertenrecht
teilweise refinanziert **2,5**	0,5 Servicestelle Personal 2,0 Leistungssachbearbeitung Jobcenter
nicht refinanziert **5,5**	1,0 Sekretariat Dezernatsleitung IV 1,0 IT-Standortkoordination, Digitales an Schulen 1,0 Wohnraumförderung 0,5 „Die Demokratie stärken - Jugendförderprogramm des Kreises Warendorf“ 0,5 Wohn- und Teilhabegesetz 0,5 Suchtprävention* 1,0 Mobilfunkkoordination

Gesamteinsparungen: 2,5

Teilweise refinanziert **1,5**	1,5 Registratur Jobcenter
nicht refinanziert **1,0**	0,5 Verwaltung Gesundheitsamt 0,5 Projekt „1.000 Solardächer“

***Stelle für Aufgaben im ehemaligen Amt für Kinder, Jugendliche und Familien; jetzt im Amt für Jugend und Bildung**

Mehrbedarf: Insgesamt 7,0 Stellen

IV. Die Verwaltung stellt darüber hinaus noch die Stellen dar, die neben dem Stellenplan geführt werden. Die Stellen sind zum Teil zumindest teilweise refinanziert. Diese Stellen sind durch ein * kenntlich gemacht.

Daneben sind – wie mit der Politik abgesprochen – noch 7 teilweise refinanzierte Springerinnen und Springer im passiven und aktivierenden Bereich des Jobcenters tätig, um Krankheitszeiten und Bearbeitungsspitzen auszugleichen. Im passiven Bereich sind wie bisher 4 teilweise refinanzierte Verstärkungsstellen vorgesehen, um bei Vakanzen schnell reagieren zu können. 2 Verstärkungsstellen sind nach Absprache mit der Politik im Jugendamt (ASD) eingerichtet worden. 1 Verstärkungsstelle ist, wie in den Ausführungen zu Amt 66 erwähnt, im Bereich Umweltschutz vorgesehen.

<u>Weitere unbefristete Stellen neben dem Stellenplan sind durch die Bereinigung nicht mehr vorhanden.</u>

Beschäftigte im Zeitvertrag		
Produkt	Aufgabenbereich	VZÄ
010110	§16 e- und i-Kräfte für das Jobcenter	3,00*
010310	Poststelle	1,00
010320	Archiv, Projekt Langzeitarchivierung	1,00
010620	Vollstreckung	0,50
020250	Ausländerbehörde	2,90
020410	Radarüberwachung	1,00*
030215	Bildungskommune	2,00*
030215	Bildungsnetzwerk	1,00
030250	Kommunales Integrationsmanagement	2,66*
030250	Kommunales Integrationszentrum	2,00*
050210	Promotion	0,35*
050210	Integrationsfachkräfte	13,50*
050210	Unterstützung passive Leistungen	6,67*
050210	Integrationsfachkräfte Vermittlungsoffensive	5,64*
050210	Projekt „AktiF+“	1,70*
050220	Werkcampus	4,00*
050490	Förderprogramm „Bekämpfung von Wohnungslosigkeit“	1,00*
100115	Immissionsschutz	0,51
130110	Landschaftsschutz und -planung	2,00
140310	Projekt Klimaanpassung	1,82*
Gesamt:		**54,25 (davon 45,34*)**

Geringfügig Beschäftigte / Beschäftigte im Übergangsbereich (Mini- / Midijob)		
Produkt	Aufgabenbereich	VZÄ
010130	Personalentwicklung	0,34
010320	Archiv	0,51
010620	Vollstreckung	0,26*
010710	Kantine	0,19
010710	Immobilienmanagement	0,08
010810	Kreispolizeibehörde, Waffenwesen	0,64
010810	Kreispolizeibehörde, Personalangelegenheiten	0,35
020250	Ausländerbehörde	0,60
020320	Rettungsdienst, Kurierfahrten	0,29*
020410	Radarüberwachung	3,21*
030230	Medienberatung	0,08
040110	Schule für Musik	0,10
040120	Museum Abtei Liesborn	0,16
060510	Kita Kreishäuschen	0,39
070110	Sozialpsychiatrischer Dienst	0,41
090210	Vermessung – Beschäftigung während Studium	0,62
090230	Geoinformation	0,10
120110	Straßenbau – Beschäftigung während Studium	0,15
130110	Überprüfung Biotopmaßnahmen	0,13
150110	Überprüfung Radwege	0,13
Gesamt:		**8,74 (davon 3,76*)**